



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken e. V.

„Hab Mut, steh auf!“

Rede der ZdK-Präsidentin im Rahmen der ZdK-Vollversammlung

Knapp 28 Stunden vor Eröffnung des 104. Deutschen Katholikentags begrüße ich Sie und Euch alle sehr herzlich hier in Würzburg. „Hab Mut, steh auf!“ - unter dieses Leitwort sind die fünf Tage des Katholikentags in Würzburg gestellt. Auch wir als ZdK-Vollversammlung wollen gemeinsam und mutig aufstehen, damit sich etwas verändert - in unserer Kirche und in unserer Gesellschaft!

Deutschland ist nicht nur die drittstärkste Wirtschaftsmacht, auch unser verlässlicher Sozialstaat und die gefestigte parlamentarische Demokratie gelten als beispielhaft. Die Zivilgesellschaft ist bunt und stark, die Kulturlandschaft einzigartig – und der gesellschaftliche Zusammenhalt ist im internationalen Vergleich noch immer groß. Die wachsende soziale Kluft, die stockende Wirtschaft, aber auch die weltweiten Krisen und die zerstörerische Politik der Rechtsextremen stellen diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie auf eine harte Probe. Zusammenhalt und gerechte Teilhabe sind aber kein Nice to have, sie sind notwendige Basis für erfolgreiche Reformen und zukunftsgerechte Politik. Unsere Demokratie lebt von dem Engagement und der berechtigten Hoffnung der Menschen, dass sie auf unser parlamentarisches System und den starken Sozialstaat vertrauen können! Dieser Sozialstaat darf auch in Zukunft niemanden einfach zurücklassen. Auch wenn es nicht ohne Zumutungen und Einsparungen geht – diese müssen fair verteilt und gut begründet sein. Dafür brauchen wir eine Regierung, die den Mut hat, zu sagen, was Sache ist. Die den Mut hat, nach einem Jahr Regierungsarbeit endlich Reformen offensiv zu gestalten.

Gute Reformvorschläge hat die Sozialstaatskommission vorgelegt. Allerdings blicken wir im ZdK besorgt auf die aktuellen Vorschläge einer Arbeitsgruppe im Bundeskanzleramt, die inzwischen öffentlich gemacht wurden.: Es sind starke Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe für Menschen mit Beeinträchtigungen vorgesehen. 2009 hat Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Die Menschenrechtskonvention steht für einen Paradigmenwechsel. Selbstbestimmung und Teilhabe stehen im Mittelpunkt. Deutschland muss sich auch in Zukunft daran messen lassen, ob die Rechte der Konvention tatsächlich umgesetzt werden. Wir werden kritisch begleiten, wenn die Fachwelt und die Betroffenen in der Beratung ausgeschlossen bleiben. Den Zusammenhalt setzt man so aufs Spiel.

Wir werden Vollversammlung und Katholikentag nicht nur nutzen, um gemeinsam über die notwendigen sozialpolitischen Reformen zu diskutieren, sondern auch aufzeigen, wie unser Beitrag als ZdK zu einem zukunftsfähigen, generationsgerechten Sozialstaat, zu Teilhabe und Zusammenhalt aussehen muss. Ich bin dankbar, dass sich anlässlich der laufenden Rentenkommission, deren Vorschläge wir in diesem Sommer mit Spannung erwarten, ein ambitionierter ad hoc Arbeitskreis im ZdK gegründet hat, der intensiv zu den Akzeptanzbedingungen der gesetzlichen Rente arbeitet und uns morgen in seine Beratungen und Überlegungen einbeziehen wird.

Die Ölpreisentwicklung seit dem Beginn des Irankrieges verhärtet das Narrativ des Interessenskonflikts zwischen Wirtschaft, Sozialem und Klimaschutz. Notwendige Entlastungen für die Bürger*innen, Organisationen und Unternehmen finden ausschließlich auf Kosten des Klimaschutzes statt. Dabei sind die temporäre Reduzierung der Mineralölsteuer und die Bestrebungen zur Revision des EU-Verbrenner-Aus weder eine sozialgerechte Entlastung, noch lösen sie das Problem. Deshalb sage ich: Wir brauchen Maßnahmen, die den Energieverbrauch senken und umweltfreundliche Mobilität attraktiver machen. Den Preis für das Deutschlandticket mindestens für zwei Jahre einzufrieren, anstatt ihn erneut zu erhöhen, wäre ein Signal für die überfällige Verkehrswende – und deutlich günstiger als der Tankrabatt.

Der Iran-Krieg hat nicht nur zu einer anhaltenden Blockade der Straße von Hormus geführt, sondern tausende Menschen das Leben gekostet. Neben den Auswirkungen auf Wirtschaft und Klimaschutz gilt es nicht zu vergessen, dass das größte Leid immer die Menschen vor Ort trifft, die unmittelbar vom Krieg betroffen sind. Die Verrohung der internationalen Ordnung und die Untergrabung des Völkerrechts verstetigen „Vergessene Konflikte“ und drehen die Spirale des Krieges und der globalen Unsicherheit weiter. Er hat auch einen Flächenbrand ausgelöst, der bis in den Libanon reicht. Die dortige Zivilbevölkerung wird von den israelischen Luftangriffen hart getroffen. Viele Dörfer sind zerstört, ganze Gebiete unbewohnbar. Mehr als eine Millionen Menschen sind Binnenvertriebene geworden.

Im Sudan geschieht derzeit die größte humanitäre Krise mit mehr als zwölf Millionen Geflüchteten und Millionen Menschen, die unter akutem Hunger leiden. Kaum jemand hierzulande nimmt dieses Grauen überhaupt wahr. Die Weltgemeinschaft verschließt die Augen. Das Ausmaß der Unterfinanzierung, mit der sich die humanitären Hilfsorganisationen konfrontiert sehen, ist

skandalös. Ich nehme mit Schrecken wahr, dass in den laufenden Haushaltsverhandlungen erneut Kürzungen dieser Etats auf dem Tisch liegen. Dieser Weg ist falsch – wir dürfen uns unserer globalen Verantwortung nicht entziehen.

„Hab Mut, steh auf!“ – in der Ukraine wird dies jeden Tag aufs Neue mit Leben gefüllt. Was die ZdK-Delegation dort im Rahmen ihrer Reise im Februar dieses Jahres an Lebensmut erlebt hat, war beeindruckend. Und doch dürfen wir nicht übersehen. Die Menschen in der Ukraine wollen nicht für ihren Mut bewundert werden. Sie wollen ein Ende dieses grausamen Krieges. Sie wollen in Frieden leben. Beim Treffen der Initiative Christen für Europa (IXE) in Lviv lernte die ZdK-Delegation, dass der Glaube hoffnungsvoll tragen kann - auch in andauernden Situationen des Leidens, der Ungerechtigkeit und der Grausamkeit. Der ukrainischen Bevölkerung – auch unseren Partner*innen der griechisch-katholischen Universität in Lviv – wird weiterhin eine unvorstellbare Stärke und Durchhaltekraft abverlangt.

Auch die Abwahl des korrupten Orbán-Systems in Ungarn zeigt uns, dass Wandel möglich ist. Hoffnungsvoll blicken wir mit unseren europäischen Freund*innen auf die dadurch gewachsene Handlungsfähigkeit in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Auf Grund des Wahlausganges werden Sanktionen und Unterstützungsmaßnahmen in der EU-Nahostpolitik und in der Ukrainepolitik realisierbar.

Für die menschliche Würde einzustehen, begreifen wir gerade auch bei den bioethischen Fragen als unseren Auftrag. Die Debatte um Schwangerschaftsabbrüche geht weiter, wenn auch weniger druckvoll als in den vergangenen Jahren. Im Deutschen Bundestag liegen Anträge zur Versorgungslage und zur Kassenzulassung des nicht-invasiven Pränataltests (NIPT) vor. Inzwischen wurde er fast zum regulären Screeningtest, was medizinisch nicht in jedem Fall erforderlich und mit Blick auf die Konsequenzen ethisch anfragbar ist. Wir unterstützen deshalb die Forderung nach einem Monitoring und einem Begleit-Gremium!

Die Deutsche Bischofskonferenz und der Deutsche Caritasverband haben kürzlich Leitlinien zur Suizidprävention in Einrichtungen herausgegeben, was ich begrüße. Lassen Sie uns die Frage nach einem würdigen Sterben und einer gesetzlichen Regelung auch in Zukunft eng begleiten!

Der Ad-hoc-AK Prostituiertenschutzgesetz diskutiert unter Federführung von Andreas Lob-Hüdepohl die hochkontroversen Perspektiven und bereitet für die Herbst-VV eine Grundlage vor.

Es ist notwendig, dass wir uns auch heute und auf dem Katholikentag weiterhin mit Missbrauch und Aufarbeitung in unserer Kirche beschäftigen. Ich habe den Eindruck, dass wir, nicht nur in der Kirche, in eine Phase zunehmender Teilnahmslosigkeit eintreten. In Gesellschaft, Medien und unseren Reihen breitet sich Ungeduld, ja sogar eine Art Müdigkeit aus. Immer öfter höre ich die Frage, wann denn dieses Thema endlich erledigt sei. Liebe Kolleginnen und Kollegen: Ja, die Thematik ist unangenehm und fordert uns in sowieso fragilen Zeiten heraus. Doch unser Anspruch muss bleiben: konsequent an der Seite der Betroffenen stehen, für ihre Rechte eintreten und die Kirche zu einem sicheren Ort für Kinder und Jugendliche machen. Dass wir dabei als Lai*innen in der Verantwortung stehen, haben uns nicht zuletzt das Gutachten der DPSG oder die Studie im Bistum Passau bescheinigt. In den kommenden Tagen nähern wir uns hier in Würzburg der Thematik auf verschiedene Weise. Nicht nur in Workshops und Debatten, sondern auch künstlerisch. Lassen wir uns vom Leid der Betroffenen berühren und lassen Sie uns nicht nachlassen im Engagement für Aufarbeitung und Prävention.

Algerien, Kamerun, Angola und Äquatorialguinea: vier Staaten mit kolonialer Vergangenheit, die bis heute spürbar ist. Vier Staaten, die Papst Leo im Rahmen seiner Afrika-Reise in elf Tagen besucht hat. Im Gepäck hatte er dabei eine klare und mutige Sprache seiner Reden. So klagte er bei einem Friedensgipfel "die Handvoll Tyrannen" an, durch die die Welt verwüstet wird. Sie verursachen für ihn eine "Spirale der Destabilisierung und des endlosen Sterbens". An anderer Stelle seiner Reise prangerte er die Rohstoff-Ausbeutung an: "Wie viel Leid, wie viele Tote, wie viele soziale und ökologische Katastrophen bringt diese ausbeuterische Logik mit sich." Es gelte, ein "Zusammenleben (zu) fördern, das frei ist von den Arten der Knechtschaft, die von Eliten mit viel Geld und falschen Freuden aufgezwungen werden".

So klare und mutige Worte würden wir uns auch zu anderen, ebenso wichtigen Themen aus dem Vatikan wünschen. Aber nein, gerade auf dem Rückflug aus Afrika hieß es zum Thema der Segensfeiern, dass der Vatikan mit der formalisierten Segnung von gleichgeschlechtlichen Paaren oder Paaren in irregulären Situationen nicht einverstanden ist. Dabei ist es dem Papst wohl besonders wichtig, dass es keine Verwechslungsgefahr zwischen einer Segensfeier

und einer Trauung geben darf. Mit Blick in die vom ZdK und der Deutschen Bischofskonferenz erarbeiteten Handreichung für Segensfeiern lässt sich diese Sorge ganz schnell nehmen. Daher ist meine Hoffnung, dass diese Handreichung für Segensfeiern weiterhin an so vielen Orten wie möglich für Segnungen von gleichgeschlechtlichen Paaren und Paaren in sogenannten irregulären Situationen zum Einsatz kommt und zum Segen wird.

Auf dem gleichen Flug erklärte Papst Leo, dass die Kirche über größere Themen als die Sexualmoral sprechen solle – beispielsweise über die Gleichberechtigung. Und ja, auch hier würden wir uns klare und mutige Worte wünschen aus dem Vatikan. Doch die Ergebnisse der vatikanischen Studiengruppe zum Thema des Frauendiakonats lassen mich ohne wirkliche Ermutigung zurück - stattdessen heißt es, wieder einmal: Frauen können nach jetzigem Stand nicht zur Diakonenweihe zugelassen werden. Allerdings sei derzeit noch kein „endgültiges Urteil“ möglich. Ein mutiges Aufstehen bleibt leider – noch? - aus.

Am 31. März wurde durch den neuen DBK-Vorsitzenden, Bischof Wilmer, im Vatikan die notwendige Recognitio für die Satzung der Synodalkonferenz beantragt. Als ZdK-Vollversammlung gehen wir nun den uns möglichen nächsten Schritt und wählen vor dem Sommer unsere 27 ZdK-Mitglieder für die Synodalkonferenz – damit wir, sobald die Recognitio vorliegt, die notwendigen Schritte zur konstituierenden Sitzung tun können.

Wir treffen uns in Würzburg in krisengeprägten Zeiten – dennoch gilt gerade jetzt, schöpfend aus der Hoffnung des Evangeliums, die uns trägt: lassen Sie uns beharrlich weitergehen, den Frieden suchen, die Demokratie stärken und uns für die Menschenwürde einsetzen. Ermutigen wir uns dabei gegenseitig mit dem Leitwort dieses Katholikentages: Hab Mut, steh auf!